

2009-11-12

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 30.09.2009

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 41**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens
Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Stabbert-Kühl, Sabine

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf
Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas
Weber, Ralf-Peter Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Schröter, Steffen

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit (34 Stadträte plus Oberbürgermeister) des Gremiums fest.

2. Verpflichtungserklärung des Stadtrates Andreas Schwierz entsprechend § 51 Abs.2 der Gemeindeordnung

Herr Andreas Schwierz, Fraktion Die Linke, legte gemäß § 51, Abs. 2 der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt die Verpflichtungserklärung ab.

Der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** wünschte Herrn Schwierz für seine Tätigkeit viel Erfolg.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, es gebe drei Änderungsanträge der Fraktion NEUES FORUM. Diese betreffen die Tagesordnungspunkte 8.15 - Bestätigung der weiteren Verfahrensweise im Umgang mit örtlichen Bauvorschriften, 8.20 - Ordnungsmaßnahme für den Vorsitzenden des Stadtrates - sowie 8.21 - Aufgabenübertragung an das Sozialdezernat. Diese Tagesordnungspunkte sollen von der Tagesordnung abgesetzt, also heute nicht behandelt werden.

Gegen die Absetzung der Tagesordnungspunkte 8.20 und 8.21 sprach sich **Frau Lohde, CDU**, aus und erklärte, es wäre ein verheerendes Zeichen, wenn die Mehrheit des Stadtrates die Vorgehensweise des Stadtratsvorsitzenden einfach kommentarlos durchgehen lässt. Ausdrücklich widerspreche sie dem Absetzen der Beschlussvorlage zur Vorgehensweise und Entscheidung des Aufgabenentzugs im Sozialdezernat, da das öffentlich zu klären sei. Die Öffentlichkeit habe ein Anrecht auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen des Stadtrates. Genau diese Dinge würden dazu beitragen, dass die Leute nicht zur Wahl gehen und sagen, die Oberen machen sowieso was sie wollen, der Oberbürgermeister macht was er will, der Stadtratsvorsitzende macht was er will.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, erklärte als Einreicher der Anträge, er sehe zum Tagesordnungspunkt 8.15 lediglich Verfahrensfehler, dass nämlich der Ortschaftsrat nach dem Bauausschuss erst beraten konnte. Er empfahl, die Vorlage nicht abzusetzen, sondern sie an den Bauausschuss zurückzuverweisen. Die Behandlung des TOP 8.20 halte er für nicht gerechtfertigt, weil die Gemeindeordnung LSA eine gemeinschaftliche Rüge des Stadtrates oder andere Ordnungsmaßnahmen nicht vorsieht. Es bleibe also jedem Stadtrat vorbehalten, in der Sitzung das Verhalten von Ratsmitgliedern oder Mitarbeitern der Verwaltung zu rügen. Bezüglich des TOP 8.21 merkte Herr Tonndorf an, der Stadtrat habe kein Recht, in die Entscheidung des Oberbürgermeisters einzugreifen. Demzufolge könne man darüber gar nicht diskutieren.

Er hatte es als befremdlich empfunden, einen Änderungsantrag zur Tagesordnung ohne Begründung zu stellen, welche aber nunmehr abgegeben wurde, legte **Herr Dreibrodt**,

SPD-Fraktion, dar. Die SPD-Fraktion habe sich mit diesem Thema befasst und eine Meinung gebildet. Diese werde in der Abstimmung deutlich werden.

Herr Tonndorf habe die Anträge dem Präsidium schriftlich mit einer kurzen Begründung vorgelegt, erwiderte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Er habe zunächst abgewartet, ob dazu eine Gegenrede kommt. Nachdem die Gegenrede kam, habe er Herrn Tonndorf als Einreicher der Anträge gebeten diese zu begründen.

Herr Beigeordneter Hantusch bat darum, den Tagesordnungspunkt 8.15 auf der Tagesordnung zu belassen und lediglich den Beschlusspunkt 5 der Vorlage ersatzlos zu streichen. Diesen Punkt 5 werde man erneut am 16.12.2009 in den Stadtrat einbringen. Daraufhin zog **Herr Tonndorf** den Antrag zurück, den TOP 8.15 von der Tagesordnung zu nehmen, so dass dieser auf der Tagesordnung verbleibt.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, brachte die Änderungsanträge auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 8.20 und 8.21 zur Abstimmung.

- Der Tagesordnungspunkt 8.20 wurde mehrheitlich bei keiner Gegenstimme und 10 Enthaltungen von der Tagesordnung genommen.
- Der Tagesordnungspunkt 8.21 wurde ebenfalls mehrheitlich bei keiner Gegenstimme und mit 11 Enthaltungen von der Tagesordnung genommen.

Die Tagesordnung wurde in gekürzter Fassung mehrheitlich bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 26.08.2009

Das Protokoll wurde bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung genehmigt.

5. Berichte des Oberbürgermeisters

5.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr OB Koschig bedankte sich eingangs seines Berichtes bei allen ehrenamtlichen Helfern und den Mitarbeitern des Hauses für die Durchführung der am letzten Sonntag stattgefundenen **Wahl zum Bundestag**. Über 400 Helfer haben in 57 Wahllokalen und 6 Briefwahlvorständen den Wahlgang abgesichert. Insgesamt war die Wahlbeteiligung mit etwas über 60 % bedauerlich gering, was leider dazu führte, dass unsere Kandidaten zu wenige Stimmen erhielten und das Land Sachsen-Anhalt nun mit 7 Bundestagsabgeordneten weniger vertreten ist und unsere Stadt mit Herrn Petzold nur noch einen Bundestagsabgeordneten hat.

Ausdrücklich sprach Herrn Koschig an Herrn Wistuba den Dank für seine in drei Legislaturperioden geleistete Arbeit auch für unsere Stadt aus.

In seinem Bericht fortfahrend informierte der OB darüber, dass im **Konjunkturpaket II** Aufgaben bewilligt wurden in einer Gesamtsumme von ca. 2,9 Mio. EUR. Man sei nun in der Submission und habe auch Aufträge ausgegeben in Höhe von ca. 70 TEUR. Die Vergaben laufen an, 90 % der vergebenen Auftragssumme verblieben in unserer Stadt.

Zur **städtebaulichen Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser** in Dessau ging Herr OB Koschig auf die Kritik des Bauausschusses vom 15.09.2009 zur Pressekonferenz vom 14.09.2009 ein. Es sollte hier die Frage gestellt werden: Was wäre passiert, wenn es keine Pressekonferenz gegeben hätte und die Presse durch die Diskussion im Bauausschuss informiert worden wäre?

Das Ziel einer Pressekonferenz - die Informationsgabe an die überregionale Öffentlichkeit zur Entscheidung der Architekten und Experten - wurde hundertprozentig erreicht – die bundesweite mediale Wahrnehmung war durchgängig positiv. Herr Koschig erinnerte daran, dass es sich bei diesem Projekt nicht um ein Projekt von lokaler Bedeutung, sondern um eines mit internationaler Ausstrahlung handelt.

Auf keinen Fall sollten wir uns jetzt terminlich unter Druck setzen lassen, wofür er alle Beteiligten um Verständnis bitte. Bei der Reparatur des Meisterhausensembles zähle das Ergebnis, nicht der Zeitpunkt der Fertigstellung des Vorhabens. Es bleibe ein höchst ambitioniertes Vorhaben und wir dürfen sehr dankbar sein, dass sich wichtige Partner einbinden lassen und sich auch sehr konstruktiv in die weiteren Planungsprozesse einbringen.

Die Beschlüsse des Stadtrates werden intensiv umgesetzt und sind nach wie vor bindend. Seit Beschlussfassung wurde an den Planunterlagen für diese Reparatur gearbeitet. Wie bereits informiert, haben die beauftragten Architekten im August leider um die Entbindung von ihrer Aufgabe gebeten.

Am 9. September 2009 wurde gemeinsam mit der Landeskonservatorin und dem Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau der gegenwärtige Planungsstand zur geplanten Rekonstruktion der Meisterhäuser vorgelegt. Zum Beraterkreis gehörten der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt Jan-Hendrik Olbertz als Vorsitzender des Stiftungsrates, der international tätige Architekt David Chipperfield und der Architekt Jörg Springer sowie Petra Kahlfeld und Carola Schäfers als Mitglieder der ehemaligen Wettbewerbsjury. Gemeinsam bestätigten alle Beteiligten im Wesentlichen den seit April 2009 verfolgten Weg der Überarbeitung und präzisierten zugleich die architektonischen Vorgaben.

Wir konnten uns daraufhin in der regionalen Expertenrunde auf ein Verfahren zur Gewinnung eines neuen Architektenbüros verständigen. Diese Expertenrunde – mit Prof. Oswalt, Frau Dr. Wendland, dem Beigeordneten Hantusch - hat eine höhere Qualität der Zusammenarbeit zum Ergebnis.

Die vom Beigeordneten Herrn Hantusch entwickelte und eingebrachte Methodik der sukzessiven Evaluierung von Zwischenständen durch regional und international tätige Experten führte im Ergebnis zu einer hohen Akzeptanz, was dieses Projekt unbedingt braucht.

Gegenüber dem Beschluss des Stadtrates vom Dezember 2008 hat der Planungsprozess nur geringfügige Modifikationen im Nutzungskonzept ergeben. Herr Koschig verwies hier auf die anstehende Beschlussfassung im nächsten Bauausschuss. Das Haus Moholy-Nagy soll der Kurt-Weill-Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, mit großem Veranstaltungsraum im Erdgeschoss, einem nicht öffentlichen Arbeitsbereich im Obergeschoss und einer Verbindung zum Haus Feininger im Untergeschoss.

Das rekonstruierte Haus Gropius soll weiterhin als Eingang zum Ensemble dienen und dessen Geschichte und Transformation erzählen und vermitteln, ggf. soll noch ein Raum geschaffen werden, der darstellt, wie Gropius damals lebte.

Die Aufgabe benötigt bis zu ihrer Fertigstellung einen qualifizierten **Architekten**, der sich für diese in einem kompetitiven Verfahren mit einem fachlichen Auswahlgremium (Jury) qualifiziert. Nach dem Ausscheiden der nijo-Architekten ist zunächst das erforderliche Verfahren zu prüfen. Wenn möglich, beabsichtigt die Stadt nach Abstimmung mit allen Beteiligten, dazu zählen natürlich auch die politischen Gremien, in den nächsten 6 Wochen eine Mehrfachbeauftragung mit 3 bis 5 Teilnehmern auszuloben, um bis Januar 2010 den Architekten für die Realisierung des Vorhabens zu finden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Stadt als Bauherr die Begleitung des Bauvorhabens einer Arbeitsgruppe mit folgenden Mitgliedern überträgt:

- Joachim Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft der Stadt Dessau-Roßlau
- Dr. Ulrike Wendland, Landeskonservatorin, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
- Prof. Philipp Oswalt, Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau
- Jörg Springer, Architekt
- Carola Schäfers, Architektin, Mitglied der Jury des Wettbewerbs 2007/8

Diese Expertengruppe soll im Rahmen der festgelegten Rahmenbedingungen und Vorgaben die Bauherrenaufgaben wahrnehmen und den Entwurfs- und Realisierungsprozess bis zu seinem geplanten Abschluss begleiten. Dem Stadtrat wird ein entsprechender Beschlussantrag bei seiner nächsten Sitzung vorgelegt. Erste Aufgabe der Expertengruppe wird die Formulierung der Aufgabenstellung für die Mehrfachbeauftragung sein. Für die Projektsteuerung wurde das Büro AAD Atelier für Architektur & Design in Köthen beauftragt, welches die Arbeitsgruppe und die Architekten bei der Umsetzung unterstützt.

Es ist vorgesehen, im Rahmen der IBA 2010 dieses ambitionierte Vorhaben zur Komplettierung einer Welterbestätte in angemessener und hinreichender Form vorzustellen. Wir überlegen deshalb, den gesamten Prozess und seine Hintergründe in einer Ausstellung während der IBA 2010 darzustellen.

Zur **Umsetzung der Beschlüsse** der letzten Sitzung des Stadtrates führte Herr Koschig die im Amtsblatt, Ausgabe 10/2009, veröffentlichten Beschlüsse an:

- Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 205 „Wohnbebauung Bräsener Weg“
- Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 217 „Erschließung Elbe-
werk“
- 2. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau – Beschluss über die Feststellung der Planung vom 14.04.2009
- Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 213 „Golfpark“ in der Fassung vom 20. April 2009, hier die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des B-Planes Nr. 213

- Satzungsbeschluss für Bebauungsplan Nr. 212 „Klinik- und Gesundheitszentrum“ in der Fassung vom 27. Februar 2009, hier die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des B-Plan Nr. 212

Anfang September hat der Innenminister nach entsprechendem Beschluss des Kabinetts seine Gesetzentwürfe zur **Gemeindegebietsreform** veröffentlicht. Die betroffenen Städte und Gemeinden haben nun die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen zum Entwurf abzugeben.

Am 20.08.09 war der Bürgermeister a.D. Herr Gröger mit dem Bürgermeister der Gemeinde Thießen, Herrn Lutze, und unserem Amtsleiter, Herrn Schwarzbach, zum Gespräch bei Innenminister Hövelmann. Herr Hövelmann erklärte unmissverständlich die gesetzliche Ausgeschlossenheit einer Eingemeindung von Thießen in unsere Stadt.

Die Regierung hat vor, die Gemeinde Thießen der Stadt Coswig und die Stadt Wörlitz und die Gemeinde Vockerode der neuen Einheitsgemeinde Stadt Oranienbaum-Wörlitz zuzuordnen. Für diese Gemeinden besteht noch bis Ende des Jahres die Möglichkeit den Schritt freiwillig zu gehen.

Weiterhin ist geplant, nach der Anhörungsphase im Januar 2010, den Entwurf abschließend im Kabinett zu behandeln und das Gesetz im Frühjahr zu verabschieden. Im Weiteren verwies Herr OB auf die Informationsvorlage zum Eingemeindungsbegehren der Gemeinde Thießen.

Das **Baugeschehen** betreffend, verwies der Oberbürgermeister auf die Information für den Stadtrat vom 25. September.

Zum Thema Geruchsbelästigung in der Zoberbergschule ergänzte Herr Koschig die Information dahingehend, dass die nächsten Räume in den Herbstferien saniert werden. Weiterhin hat die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau per 16. September mitgeteilt, dass nach umfassender Prüfung der Strafanzeigen mehrerer betroffener Eltern wegen Körperverletzung durch Unterlassung kein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird und das Verfahren, welches gegen die Stadt Dessau-Roßlau gerichtet war, daher gem. § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung eingestellt wurde.

In seinem Bericht fortfahrend, informierte Herr OB Koschig über

- die Eröffnung der Astronomischen Station Heinrich Samuel Schwabe am 29. August mit einer Langen Nacht der Sterne am Gymnasium „Walter Gropius“ mit ca. 3.000 Besuchern. Die Astronomische Station hat einen Gesamtwertumfang von 665.500 €, darin enthalten ist eine Spende des Schwabevereins in Höhe von 11.900 € und eine Zuwendung von Lotto Toto in Höhe von 10.150 €. Der Dank des OB ging an alle Beteiligten für ihr Engagement.
- das 18. Heimat- und Schifferfest im Stadtteil Roßlau vom 27.08. bis 30.08.2009. Mehrere tausend Gäste ließen es sich nicht nehmen, das beliebte Volksfest an der Elbe zu besuchen. Es wurde erstmals durch einen Verein organisiert. Die Zahl der Sponsoren und aktiven Mitstreiter für dieses Fest war überwältigend. Zu Gast war auch eine Delegation aus der tschechischen Partnerstadt Rodnice nad Labem und Stadtrat Tonndorf war mit einer kleinen Delegation des Partnerschaftsvereins zu ei-

nem Gegenbesuch beim dortigen Volksfest „Rodnice im Fluss der Zeit“ am 19. und 20. September.

- Ein Fest der Sinne erlebte die Stadt am Abend des 06. September 2009 zum Farbfest Rot mit dem Eröffnungskonzert der Anhaltischen Philharmonie. Zunächst begeisterte das Theaterensemble zum Eröffnungskonzert des Anhaltischen Theaters mit Herrn André Bücken als Moderator. Die Ausschnitte aus den Neuinszenierungen der Spielzeit 2009/2010 machten Appetit auf mehr. In bleibender Erinnerung wird dabei auch der spektakuläre Anflug der JU 52 im Abendhimmel über dem Theater bleiben. (Am 03. Oktober 2009 werden wir diese Maschine aus der Schweiz auf den Namen „Dessau“ taufen. Dazu sprach Herr Koschig ebenfalls eine herzliche Einladung aus.)
- Im Anschluss an das Konzert zogen tausende Besucher über die Bahnhofsbrücke und dem pünktlich fertig gestellten Seminarplatz zum Welterbe Bauhaus, wo wir in diesem Jahr im Rahmen des Roten Festes eine Hommage an Oskar Schlemmer erlebten.
- Apropos Bauhausjubiläum: Neben der Beteiligung an der Ausstellung im Martin-Gropius-Bau in Berlin, die in Kürze in New York zu sehen ist, wird die Stiftung Bauhaus in Kooperation mit dem Anhaltischen Theater und der Stadt das Jubiläum im November/Dezember noch mal auf besondere Weise würdigen. Höhepunkt des Festivals „Figurenräume - Raumfiguren“ wird dabei die Veranstaltung im Anhaltischen Theater „Mensch und Material“ sein.
- Am 6. September 2009 wurde in einer Feierstunde im Foyer des Anhaltischen Theaters vom Vizepräsidenten des Landesverwaltungsamtes des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Peter Kuras, die Stiftungsurkunde zur Neugründung der Dessauer Moses Mendelssohn-Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften übergeben. Am gestrigen Tag konstituierte sich der Vorstand und eine gemeinsame erste Sitzung mit dem Kuratorium der Stiftung ist in Vorbereitung.

Zwei große **Sportereignisse** fanden zwischen den beiden Stadtratssitzungen in Dessau-Roßlau statt.

Am Dienstag, den 25. August 2009 gastierte die weltbeste Handballmannschaft BM Ciudad Real in Dessau-Roßlau und spielte vor über 1.600 Zuschauern in der Anhalt Arena Dessau gegen unsere Handballmannschaft der 2. Bundesliga vom DRHV 2006 e.V.

Der Abschluss des Sportsommers 2009 fand traditionell mit dem 11. avendi City-Lauf am Sonntag, 13. September, mit Start und Ziel am Fürst-Leopold-Carré statt. Auch in diesem Jahr war eine tolle Beteiligung zu verzeichnen, über 1.500 Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren nahmen an dem Lauf teil. Damit ist diese Laufveranstaltung das größte Breitensportevent in der Stadt Dessau-Roßlau und der Region.

Die **Messe zur Sozialen Stadt** fand am 22. September 2009 in einem Ladenlokal in der Antoinettenstraße statt. Es trafen sich die Akteure zu einem regen Gedankenaustausch und viele weitere Besucher nutzten die Messe zur Information über soziale Angebote in unserer Stadt. Vertreten waren auch Vereine, Wohnungsunternehmen sowie karitative Verbände, das Frauenzentrum, die Avendi-GmbH (Seniorenberatung) u.v.m. Herr Koschig dankte allen Akteuren, zumal sich in diesem Monat die Angebotsnachfragen häuften. So hatten wir einen Wochenmarkt mit Sozialmesse und den Landesfamilientag am 6. September mit über 14.000 Besuchern in unserem Stadtpark. Dafür wurde sehr viel

Lob und Anerkennung vom Ministerium gezollt. Auch dafür galt der Dank von Herrn Koschig allen Akteuren und der Projektleitung mit Frau Falkensteiner an der Spitze.

Der diesjährige **Tag des offenen Denkmals** am 13. September 2009 war wieder sehr gelungen und hatte entsprechend dem bundesweiten Thema eine Vielzahl unterschiedlicher „Orte des Genusses“ im Programm.

Nach der Eröffnung im Schloss Georgium startete wieder die Denkmalfahrradtour mit ca. 65 Teilnehmern. Erstmals haben sich in diesem Jahr auch die Freimaurer aus unserer Stadt beteiligt und das Gebäude der Freimaurerloge in der Ferdinand-von-Schill-Straße geöffnet. Dies hat mit etwa 250 Besuchern ein interessiertes Publikum gefunden.

Insgesamt wurden die geöffneten „Orte des Genusses“ von ca. 2.750 interessierten Gästen besucht.

Wie bereits im letzten Jahr stieß die Radtour **auf dem „Roten Faden“ IBA-Baustellentour**, am 23. August 2009 auf ein großes Interesse in der Bevölkerung. Über 80 Besucher radelten auf der diesjährigen Entdeckungstour mit. Nahezu alle Altersgruppen waren vertreten.

Eine **Journalisten- und Multiplikatorenreise** fand am 30. August 2009 zum Thema: IBA Stadtumbau 2010 statt. 15 Journalisten und Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung auf nationaler und internationaler Ebene machten sich eine Bild über die Stadtumbaumaßnahmen in unserer Stadt.

Zu den Warenhausschließungen und damit von diesen Schließungen bedrohten Innenstädten hat sich Herr Oberbürgermeister Koschig einer Erklärung des Bundesbauministers Wolfgang Tiefensee angeschlossen. Über 100 Bürgermeister und Oberbürgermeister der Städte mit Hertie-, Karstadt- und Woolworth-Warenhäusern haben diese zweite Erklärung zum Erhalt lebendiger Innenstädte unterschrieben. Darin waren klare Forderungen an die beteiligten und zuständigen Stellen gerichtet.

Über eine Zusammenlegung im Hause der Stadtverwaltung und die **Neubildung des Amtes für Öffentliche Sicherheit und Ordnung** informierte Herr OB Koschig. Im Zusammenhang mit personellen Veränderungen in der Verwaltung wurden das Amt für Ordnung und Verkehr und das Bürgeramt unter dem neuen Namen Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung unter der Leitung von Frau Marlis Lindner zusammengelegt. Dort sind nun drei Abteilungen mit 8 Sachgebieten zu finden:

1. Abteilung für Allgemeine Ordnung, Gewerbe- und Verkehrsangelegenheiten einschließlich der Kfz-Zulassung und Führerscheinebehörde unter der Leitung von Frau Almut Schrage,
2. der Stadtordnungsdienst einschließlich der Zentralen Bußgeldstelle der Stadt unter Leitung von Frau Kerstin Schulz (beide Abteilungen mit unverändertem Sitz am August-Bebel-Platz)
3. Abteilung Bürgeranliegen mit den Sachgebieten Bürgeramt, Standesamt und Ausländerbehörde unter der Leitung von Frau Karin Krings mit unverändertem Sitz im Rathaus Dessau in der Zerbster Straße.

Am den bekannten und im Internet nachzulesenden Öffnungszeiten aller genannten Sachgebiete einschließlich der Außenstelle im Ortsteil Roßlau und der telefonischen Erreichbarkeit der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ändert sich vorerst nichts.

Die offizielle Amtseinführung des Präsidenten des Umweltbundesamtes, Herrn Jochen Flasbarth, fand am 27.08.2009 statt. Herr Koschig hatte auch die Gelegenheit ein sehr konstruktives Gespräch zu führen. Ein erstes gemeinsames Schwerpunktthema werde die Verbesserung der Bahnanbindung der Stadt Dessau-Roßlau an den großräumigen Bahnverkehr und vor allem die Bundeshauptstadt Berlin sein. Gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sei man momentan dabei, in der gesamten Bundesrepublik Partner zu suchen, weil auch in den anderen Bundesländern eine Vielzahl von Oberzentren und großen Mittelzentren vom Schnellbahnverkehr abgeschnitten sind. Es werden prominente Unterstützer für dieses Anliegen gesucht und man habe mit Herrn Flasbarth einen ersten sehr wichtigen Partner gefunden.

Anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsbeginnes des II. Weltkrieges weilte Herr Koschig vom 28.08. bis 31.08.2009 in der Partnerstadt Gliwice, wo ein großes Partnerschaftstreffen stattfand. Am Rande der Veranstaltung war eine sehr interessante Begegnung zwischen der slowakischen Partnerstadt Kežmarok und der ungarischen Partnerstadt Sárospatak. Wie vielleicht bekannt sei, ist die ungarische Minderheit in der Slowakei einigen Repressalien ausgesetzt und hier haben die Bürgermeister der beiden Städte klare Aussagen getroffen, sich von solchen politischen Dingen zu distanzieren.

Die Eröffnung der Interkulturellen Woche im Stadtpark am 25. September 2009 fand leider bei fast völlig fehlender Öffentlichkeit statt. Es wurde jetzt zu einem Workshop eingeladen, um über eine Neuausrichtung dieser Woche in unserer Stadt nachzudenken.

Erinnerung und Einladung sprach Herr OB Koschig zur Premierenwoche aus. Das Anhaltische Theater Dessau beginnt seine Spielzeit Anfang Oktober mit einem Feuerwerk von 4 Premieren, welche Herr Koschig benannte.
am

Das für Herrn Koschig persönlich bedeutendste Ereignis des Berichtszeitraumes war das 80jährige Firmenjubiläum der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH, welches mit einem Tag der offenen Unternehmen am 12. September 2009 begangen wurde. Gemeinsam mit dem Förderverein „Dessau - Raum für Ideen“ e. V. führte der größte Industriebetrieb unserer Stadt diesen Tag durch. Über 15.000 Gäste besuchten bei herrlichem „Kaiserwetter“ das Unternehmen in der Peterholzstraße.

5.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung fasste der Stadtrat nicht.

In diesem Zusammenhang informierte Herr Koschig über eine von ihm getroffene Eilentscheidung. Am 29.09.2009 wurde gem. § 62 (4) eine Eilentscheidung zur Kreditverlängerung um 9 Monate beschlossen. Es geht hier um eine Kreditsumme von 4,466 Mio. EUR zu einem Zinssatz von 1 % zur Einbeziehung unserer Teilentschuldung. Die

Informationsvorlage wurde vorbereitet und wird förmlich in der Sitzung des Stadtrates am 11. November ausgereicht.

6. Einwohnerfragestunde - Beginn ca.16.20 Uhr

Ein Einwohner aus Großkühnau führte aus, ihn beunruhige seit längerem, wenn von mehreren Bürgern des Ortsteiles Anfragen gestellt werden, die die Belange des Lebens, des Verkehrs und der Versorgung der Bürger beinhalten, und lediglich von 2 Fraktionen beantwortet werden. Wenn man nichts sagt, ist man nicht dafür und nicht dagegen. Das befremdet ihn. Des Weiteren haben die Stadträte als gewählte Kräfte den Bürgern gegenüber eine Fürsorgepflicht. Wenn Herr Kurt Hoffmann mit dem Vorsitzenden des Stadtrates einen Termin macht für eine Vor-Ort-Begehung für Ende August und danach passiert nichts, weder eine Information, noch sonst etwas, sei das eine Missachtung der politischen Fürsorgepflicht.

In einer Entgegnung stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, klar, es sei richtig, dass Herr Hoffmann ihn zweimal aufgesucht und man sich zum Procedere abgestimmt hatte. Entsprechend dieser Abstimmung habe er, Dr. Exner, Kontakt mit dem Oberbürgermeister Koschig aufgenommen und sich mit ihm zum weiteren Verfahren abgestimmt. Danach sollten die in zwei Briefen vorgetragenen Bürgeranliegen über Herrn Koschig in die Verwaltung gegeben und zur Vorbereitung eines entsprechenden Treffens weiter beraten werden im Ortschaftsrat. Er ging davon aus, dass das entsprechend durch die Verwaltung umgesetzt wurde. Es sei nicht so, dass er das Anliegen ignoriert oder sich nicht gekümmert hätte. Es gehe darum, das auch vernünftig verfahrenstechnisch zu klären, was er auch Herrn Hoffmann in einem persönlichen Gespräch gesagt habe. Es sei wichtig, dass bei solchen Sachen effektiv auch etwas dabei herauskommt. Insofern bitte er um Verständnis. Selbstverständlich ist man für die Anliegen da und werde das auch entsprechend umsetzen.

Herr Horst Kupfer, wohnhaft Kavalierstraße 51, erklärte, er sei nach vielen Jahren vor einem Jahr wieder nach Dessau gezogen und stelle fest, was man mit dem Stadtpark mache, sei eine Sauerei. Bezüglich des OdF-Denkmals habe man 136 T€ ausgegeben für ein paar Platten, die ausgewechselt worden sind. Er frage sich, was der Bürgermeister überhaupt noch für eine Funktion hat. Der Stadtpark sollte gleich betoniert und grün angestrichen werden. Er wisse auch nicht, wie viele Tausend Euro die neuen Lampen gekostet haben und wie hier mit dem Geld umgegangen wird. Er verweise auch auf den Rathausplatz, der zerstört wird, indem man Parkplätze schaffen wolle.

Nachdem Herr Kupfer vom Stadtratsvorsitzenden aufgefordert worden war, seine Anfrage zu stellen, fragte er, mit welchem Recht über die Stimmung der Bürger entschieden wird, z. B. dass Emigranten im Stadtpark dealen bis zum geht nicht mehr. Das sei versteckter Mord, wieso greife man nicht von politischer Seite ein.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, man könne über alles sachlich reden. Die Stadtratssitzung gebe den Bürgern Gelegenheit für Fragen, die auch beantwortet werden. Was die Bürgerbeteiligung angehe, habe es sehr viele Foren und Beteiligungsmöglichkeiten gegeben. Zur weiteren Beantwortung übergab er das Wort an Herrn Oberbürgermeister Koschig.

Oberbürgermeister Koschig erklärte, es würde zu weit führen, das gesamte Projekt Stadtpark hier zu erläutern. Es habe diesbezüglich eine Vielzahl von Bauausschusssitzungen gegeben und auch die entsprechenden Beschlussfassungen im Stadtrat. Es sei gerade Ziel, diesen Stadtpark durch diese Maßnahmen zu beleben und für die Dessauer und Roßlauer Bevölkerung weiter zu öffnen und attraktiv zu gestalten. Er müsse Herrn Kupfer vehement widersprechen, denn die Bürger seien bewusst einbezogen worden. Die Planungen, so wie sie jetzt durchgeführt werden, sind im Rahmen mehrerer Workshops von den Bürgern selbst bestimmt worden. Der Stadtrat habe sich zurückgenommen und das Bürgervotum aus dem Stadtpark dann aufgegriffen und in entsprechende Beschlüsse gefasst. Die Summe von 136 T€ könne er nicht bestätigen, das müsse erst überprüft werden. Man dürfe froh sein, dass es endlich gelungen ist, den Schandfleck wegzubekommen, dass unser Denkmal zum Gedenken an die Opfer des Faschismus jetzt wieder in einer ansprechenden Form ist und dass wir zum Volkstrauertag dort vor einem rekonstruierten und sauberen Denkmal auch unsere Kränze niederlegen können.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Eingemeindungsbegehren der Gemeinde Thießen in die Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/IV/071/2009/I-12**

Obwohl er sie im Ausschuss angemahnt hatte, fehle die Empfehlung der Verwaltung, legte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dar. Das dargestellte Fazit lasse alles offen und sei auch noch falsch. Wenn man nämlich die Personalkosten für diejenigen, die vom Landkreis Wittenberg und von der Verwaltungsgemeinschaft Coswig kommen, dazurechne, liege die Mehrbelastung der Stadt Dessau-Roßlau bei etwa 150 T€, d. h. schon aus finanziellen Gründen dürfte man so etwas nicht empfehlen.

Es handele sich um eine emotionale Vorlage, denn es gehe um Bürger einer betroffenen Ortschaft, erklärte **Herr Pohl, CDU-Fraktion**. Auch er bemängelte, dass das Fazit nichts aussagt, wozu ihm der Spruch eingefallen sei: „Die Politik positionierte sich, d. h. sie ging vorsichtshalber in Deckung.“ Was die Eingemeindung nach Dessau betrifft, hatte noch im August 2006 der Innenminister in Bürgerversammlungen in den Ortschaften gesagt, mit einer Bürgerbefragung bekomme man das hin. Es mag bis zum heutigen Tag viel Hin und Her gegeben haben, fest stehe aber, dass es unmöglich scheint, Vockerode und Wörlitz noch einzugemeinden.

Wenn das Eingemeindungsbegehren der Gemeinde Thießen bei uns auf der Tagesordnung steht, werde das von den Bürgern in Thießen beobachtet und es werden Hoffnungen geweckt. Wenn die Hoffnung so weiter genährt wird, indem wir uns schwammig verhalten, finde er das nicht gut. Die Thießener haben nur noch wenig Zeit, Möglichkeiten zu nutzen oder sich mit bestimmten Tatsachen abzufinden, um in Coswig bestimmte Pflöcke einzuschlagen, die ihrem Ortswohl dienen. Natürlich habe man nichts gegen eine Eingemeindung von Thießen, man müsse aber realistisch einschätzen, dass das nichts werden wird. Es sei dann eine Frage der Ehrlichkeit und Offenheit, den Thießenern das so zu sagen. Herr Pohl bat darum, darüber nachzudenken. Auch wenn es wehtut oder man das aus emotionalen oder sachlichen Gründen gerne anders entscheiden

wolle, für seine Fraktion sage er, man solle gegenüber den Thießenern offen und ehrlich auftreten und ein klares Wort sprechen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2. Umsetzung der Konsolidierungsvorschläge aus der Untersuchung der städtischen Beteiligungen durch Rödl & Partner
Vorlage: DR/IV/077/2009/II-20

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, es gebe zum Thema Flugplatz eine Beschlusslage des zuständigen Ausschusses für Bauwesen, Umwelt und Tourismus vom 26. Februar, die noch einmal für das zu erarbeitende Konzept konkrete inhaltliche Schwerpunkte setzt, was seitens der Verwaltung mit eingearbeitet werden sollte.

Oberbürgermeister Koschig bestätigte, dass das angemahnt wurde.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.3. Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2008 im Haushaltsvergleich
Vorlage: DR/IV/067/2009/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.4. Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2008
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: DR/BV/287/2009/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.5. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Müller, SPD-Fraktion, trug das Anliegen einiger Bürger des Bauhausplatzes vor. Die dort aufgestellten Lampen strahlen soviel Helligkeit aus, dass sich die Leute im Schlaf gestört fühlen. Sie stellte die Fragen, wie viel Energie dort verbraucht wird und ob das dort ausgegebene Geld an der Ludwigshafener Straße gespart wird.

Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bezog sich auf den Beschluss zum Gebietsänderungsvertrag mit Möhlau, über den mit der Gesetzesänderung hier zu entscheiden sei.

Sich auf einen Zeitungsartikel beziehend, fragte sie, wie es sein könne, dass die Verwaltung nichts davon wusste, dass der Landkreis Anhalt-Bitterfeld auf der offiziellen Umleitungsstrecke der B 185 eine Umleitungsstrecke einrichtet, die 10 m vor Kochstedt endet. Es stelle sich die Frage, ob die Verwaltung überhaupt den Verlauf der Umleitungsstrecke kennt, denn man habe sich bei den Bürgern von Mosigkau bedankt, die Last tragen aber die Bürger von Kochstedt. Frau Ehlert erinnerte daran, dass den Bür-

gern in der Bürgerversammlung zur Planung der Umleitung auf die Frage, ob die LKW über Aken fahren können, gesagt wurde, dass der Landkreis Anhalt dies abgelehnt hat. Dazu drückte Frau Ehlert ihre Verwunderung aus.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, ging auf die Gestaltung des Seminarplatzes ein. Im Zuge der Baumaßnahmen zwischen Westausgang und Bauhaus wurde der Seminarplatz neu gepflastert. Er stellte die Frage, wie ein Radfahrer vom Westausgang des Hauptbahnhofes zum Bauhaus gelangen kann. Es wurden überall Hochborde eingebaut, so dass es für Radfahrer eigentlich nicht mehr befahrbar ist. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sollte die Radverkehrsführung vorgestellt werden. Weiterhin bezog er sich auf die Ampelschaltung im Bereich der Brücke über die Eisenbahn. Hier ist die Ampelschaltung vorrangig für die Einmündung in die Heinrich-Deist-Straße, welche auch nachts in Betrieb ist. Es stelle sich die Frage, ob dieser Nachtbetrieb erforderlich ist, da kaum jemand unterwegs ist. Aus seiner Sicht entsprechen die Ampelschaltungen nicht den realen Verkehrsverhältnissen. Es sei oft so, dass sich die aus Richtung Ziebigk kommenden Autos stauen und keinerlei Fahrzeugverkehr auf der Heinrich-Deist-Straße vorhanden ist. Hier sollte eine Prüfung erfolgen.

Eine schriftliche Beantwortung wurde zugesagt.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, verwies auf den Verkehr in der Kavalierstraße, welcher durch die Ampeln immer wieder aufgehalten wird, was sich durch Abgase und Lärm negativ auf die Freisitze der sich dort befindlichen Lokaltäten auswirkt. Er bat zu prüfen, ob ab dem nächsten Sommer die Kavalierstraße (von der Museumskreuzung bis zur Johanniskirche) an den Wochenenden als 30er Zone deklariert und die Ampeln über das Wochenende außer Betrieb genommen werden können. Vom Verkehrsfluss her gesehen wäre das möglich.

Aufgrund des Hinweises einer Anwohnerin der Heidestraße, dass dort nachts der Schwerlastverkehr durchrollt, fragte **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an, ob Regelungen zur Umleitung oder Einschränkung des Verkehrs möglich sind und ob es Erhebungen gibt, wie viele dort lang fahren.

Weiterhin verwies Frau Grabner auf das südliche Stadtteilzentrum um das Leipziger Tor, was ein junger sozialer Brennpunkt sei. Es wäre schön, wenn für die dort lebenden Kinder eine Perspektive geschaffen werden könnte. Es gebe eine Diskussion im Jugendhilfeausschuss bezüglich der Zusammenlegung der zwei Einrichtungen Station Junger Techniker und Schülerjugendfreizeitzentrum. Die ursprüngliche Planung lief auf die Rennstraße hinaus. Es gibt im Quartier um das Leipziger Tor ein schönes historisches Gebäude in der Hinsdorfer Straße, die Heideschule, ein leer stehender Banksteinbau. Frau Grabner überreichte dem Oberbürgermeister eine Unterschriftenliste von 100 Bürgern, welche geprüft haben möchten, ob dieser Standort wiederbelebt werden kann. Eine Verlagerung der zusammengelegten Jugendeinrichtungen wäre denkbar. Man befinde sich im Gebiet der sozialen Stadt, weshalb es schön wäre, wenn ein offenes Angebot für die Jugendlichen in der alten Heideschule bereitgestellt werden könnte.

Im Hinblick auf die Einwohnerfragestunde bestärkte **Frau Lohde, CDU**, die Bürger, hier Fragen zu stellen, da diese Möglichkeit zu wenig wahrgenommen werde. In diesem Zusammenhang könnte die MZ vielleicht eine Rubrik aufmachen „Bürger fragen ihre Verwaltung“, damit klar wird, dass sie nur Fragen stellen dürfen. Des Weiteren fragte Frau Lohde, ob die Einzelstadträte, die also keiner Fraktion angehören, auch die Fragen der Bürger an die Verwaltung bekommen. Sie habe keine Kenntnis von den Großkühnauer Anfragen, wobei es für einen Einzelstadtrat auch schwierig sei, sich für die Probleme jedes Einzelnen einzusetzen.

An Herrn Hantusch gewandt, führte sie bezüglich der Meisterhäuser aus, eine schrittweise Evaluierung sei eine neue Herangehensweise, weshalb sich die Frage stelle, wie die Kosten dieses Verfahrens gedeckelt sind. Weiterhin bat sie um Erläuterung zur Aussage „Die Bauherrenaufgaben sollen an das Expertengremium abgegeben werden“, da ihrer Meinung nach Bauherrenaufgaben nicht delegierbar sind.

Abschließend richtete sich Frau Lohde aufgrund der geänderten Tagesordnung an Herrn Dr. Raschpichler mit der Frage, wie er es bewertet, dass die Mehrheit des Stadtrates eine Thematisierung des Aufgabenentzugs nicht behandeln möchte. In der Öffentlichkeit sei bis heute kein sachlicher Grund bekannt. Die Art und Weise des Vorgehens gegenüber Herrn Dr. Raschpichler finde sie haarsträubend. Er habe das damals auch als Misstrauensvotum beschrieben. Der Stand sei unverändert, die Stadträte wollen das nicht beraten und lassen den Oberbürgermeister gewähren.

Herr Beigeordneter Hantusch erwiderte zur Frage der Evaluierung, dass die gen. Experten kostenlos tätig sind, was man auch weiterhin so handhaben werde. Der Oberbürgermeister habe vorhin richtig dargestellt, dass wir die Bauherrenaufgabe nicht abgeben, sondern man bediene sich im Rahmen der sukzessiven Evaluierung einem Expertengremium. Von Zeit zu Zeit werden die Ergebnisse dort vorgestellt und bewertet, so dass diese nicht so angreifbar sind. Man beziehe also verschiedene Experten aus verschiedenen Fachrichtungen im Vorfeld ein.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler bat das Präsidium zu klären, ob es gestattet ist, sich zu einem von der Tagesordnung genommenen Tagesordnungspunkt zu äußern. Sollte das Präsidium feststellen, dass ihm die Möglichkeit einer persönlichen Stellungnahme gegeben ist, werde er davon Gebrauch machen.

Das Präsidium werde die Zeit der nächsten Redebeiträge nutzen, um sich eine Meinung zu bilden, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**.

Herr Puttkammer, bemerkte, die **CDU-Fraktion** habe heute begonnen, an die Fraktionen und Institutionen der Stadt einen Brief zu versenden. Es ist ein Aufruf zur möglichst umfassenden Diskussion, um im Rahmen der Leitbildfindung der Stadt über ein Label zu diskutieren, in dem sich möglichst viele Bürger wieder finden. Der Vorschlag lautet: „Unsere Stadt – Wiege der Moderne“. Mit diesem Vorschlag habe man schon einige Persönlichkeiten der Stadt konfrontiert, er stellt nach ersten Internetrecherchen in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache ein Alleinstellungsmerkmal dar. Somit hätte man einen Punkt erfüllt. Es stelle sich die Frage, wie sich die Institutionen und Bürger darin wieder finden. Er gehe davon aus, dass es von der Stadtverwaltung nicht unangenehm empfunden wurde, denn der Begriff wurde bereits vom Oberbürgermeister in seiner Kolumne innerhalb der Stadtinformation benutzt.

Herr Göricke, Freie Wähler, fragte, ob dem Jugendamt die Schließung des Jugendklubs Mosigkau über einen längeren Zeitraum im Voraus bekannt war. Die Jugendklubs sind mit einem Mitarbeiter besetzt, nur der Jugendklub Zoberberg ist dauerhaft mit zwei Mitarbeitern besetzt, so dass dieser Jugendklub in der vollen Zeit geöffnet ist.

Um Beantwortung der nächsten Frage bat er das Tiefbauamt. Man habe in Mosigkau den 2. Bauabschnitt B 185 und in der Planung für das Jahr 2010/2011 den Bauabschnitt zwischen Rüsterweg und Lichtenauer Straße. Es bestehe dann weiterhin ein desolater Zustand in der Ortslage Mosigkau und zwar von der Ortseinfahrt West von Köthen kommend bis Justus-von-Liebig-Straße. Der Ortschaftsrat habe sich schon vor der ersten Baumaßnahme dafür ausgesprochen, dass diese 400 m Restweg mit berücksichtigt und ausgebaut werden. Man habe vorhin gehört, dass die Ortslage Kochstedt große Probleme mit einer nicht ausgebauten Straße hat, den Umleitungsverkehr aufzunehmen. Jetzt ist wiederum 2011 eine Vollsperrung geplant, weil es die Ortslage Mosigkau ja nicht hergibt und dann erfolgen in den nächsten Jahren wieder Vollsperrungen, weil in dem hinteren Teil der Ortslage Mosigkau wiederum die B-Straße auf einer Länge von ca. 400 m ausgebaut werden muss. Er regte an, diese restlichen 400 m in der Ortslage Mosigkau im Jahr 2011 zu realisieren.

An das Präsidium gewandt, verwies Herr Göricke auf das Amtsblatt September, wo seitens der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen Wahlwerbung betrieben wurde und erklärte, man hatte sich im Stadtrat geeinigt, auf den Seiten des Amtsblattes keine Wahlwerbung zu betreiben. Er bat das Präsidium um Stellungnahme, wie man sich in Zukunft diesbezüglich verhalten werde.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, entgegnete, dass man nach Sichtung des Amtsblattes auf diese Sache zurückkommen werde.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, bemerkte, die restlichen 400 m mit dem 2. Bauabschnitt zu kombinieren sei die Vorzugsvariante und am verträglichsten für die Anlieger. Man werde das prüfen. Er gebe aber zu bedenken, dass die notwendigen Eigen- und Fördermittel sehr begrenzt sind und respektiv gehandhabt werden. Man habe also wenig Spielraum, so dass dieser Restweg ein entscheidender Posten ist.

Im Ministerium sei klar gesagt worden, dass es für Dessau-Roßlau, wie für die anderen Oberzentren, kein zusätzliches Geld mehr gibt, ergänzte **Herr Beigeordneter Hantusch.** Man müsse also mit dem auskommen, was man habe. Man verstehe das Ansinnen und würde das auch gern machen. Insofern wäre eine andere Option, die Prioritätenliste zu ändern, wofür man aber Mehrheiten brauche.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, regte an, das Thema der geplanten Bauabschnitte in den einzelnen Jahren und die Kosten im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt und Tourismus vorzustellen. Die Fraktion hatte schon einmal einen Antrag zu dieser Problematik eingebracht, welcher nicht umgesetzt wurde. Man habe eine Sperrung noch ausgelassen, es fehlte nämlich noch das Stück B 185 zwischen der ersten Ortseinfahrt nach Mosigkau und dem Abzweig nach Kochstedt. D. h. es werde noch einmal eine Sperrung erfolgen, was man dem Bürger nicht zumuten könne, aber dem Land könne man das klar machen. Notfalls müsse dann umgeschichtet werden.

Man werde die Gesamtplanung in der gebildeten Lenkungsgruppe diskutieren und dann dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt und Tourismus zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegen, merkte **Herr Beigeordneter Hantusch** an.

Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes, ging auf die Frage von Herrn Göricke bezüglich der Jugendklubs ein und legte dar, dass bis auf den Jugendklub Zoberberg, der mit drei Mitarbeitern besetzt ist, alle Jugendklubs mit einem Mitarbeiter besetzt sind. Sie habe mit der zuständigen Abteilungsleiterin abgesprochen, dass man hier auf den Jugendklub Mosigkau zugeht, um dann die Jugendlichen mit in den Jugendklub Zoberberg integrieren zu können. Einzelne Veranstaltungen haben auch schon gemeinsam stattgefunden. Es ist zu keinem Zeitraum von einer Schließung auf Dauer ausgegangen worden. Ab dem 5.10.2009 könne der Jugendklub Mosigkau wieder normal betrieben werden. Frau Förster entschuldigte sich, dass die Informationen nicht zeitnah erfolgten. Die Turnhallenzeiten für Mosigkau wurden aber aufrechterhalten.

Zurückkommend auf die Anfrage von Frau Lohde betreffs der Aufgabenübertragung des Sozialdezernates legte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, dar, nach Beratung mit dem Leiter des Rechtsamtes, Herrn Westhagemann, halte man eine Äußerung von Herrn Dr. Raschpichler für politisch unzweckmäßig, aber für rechtlich zulässig. Aus Sicht des Präsidiums sei das nicht der richtige Ort, derartige Fragen zu besprechen, aber es sei möglich. Insofern könne sich Herr Dr. Raschpichler äußern. Er verweise aber auf das bestehende Dienstverhältnis zum Oberbürgermeister. Mit diesem zu klären sei, ob Herr Dr. Raschpichler hier bedenkenlos eine Stellungnahme abgeben kann.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Koschig diesbezüglich keine Bedenken äußerte, führte **Herr Dr. Raschpichler** aus, er habe in 20 Jahren gelernt, rechtlich bedenkliche, unbedenkliche und auch politisch faire Äußerungen zu treffen. So wolle er auf eine öffentliche Anfrage von Frau Lohde auch öffentlich antworten. Er habe Respekt vor der Entscheidung des Stadtrates heute, die Anfrage von Frau Lohde nicht zu behandeln. Er habe Respekt, weil er auch der Meinung ist, dass es sicherlich andere Möglichkeiten und andere Gremien gibt, um das zu besprechen. Er wolle aber antworten, weil er in seinem Leben auf öffentliche Fragen nie eine öffentliche Antwort schuldig geblieben ist. Er glaube, es gehe nicht um die Frage, soll Dr. Raschpichler zuständig werden für das Städtische Klinikum oder nicht, sondern es gehe um die Frage, welche sachlichen Gründe haben den Oberbürgermeister bewogen, ihm das Vertrauen zu entziehen.

Er habe in der Stadtratssitzung im April deutlich gemacht, dass er die Verfahrensweise als Vertrauensentzug bewerten musste und habe konsequent zu Ende denkend gesagt, wenn Vertrauen und Verantwortung nicht teilbar sind, dann ganz oder gar nicht. Diese Frage sei bis heute nicht beantwortet. Sachliche Gründe, die seinerzeit seitens des Oberbürgermeisters zu dieser Entscheidung geführt haben mögen, sind in keinem Gremium, zu keinem Zeitpunkt diskutiert worden. Er habe es bedauert, dass letztlich in der Öffentlichkeit hängen geblieben ist, dass die wesentlichen Gründe der Entscheidung folgende drei Tatbestände waren: 1. Wir brauchen Ruhe im Krankenhaus, 2. wir müssen Flagge zeigen und 3. der Oberbürgermeister möchte von seiner Organisations- und Personalhoheit Gebrauch machen.

Das sei richtig, aber er stelle fest, dass das in seiner Wertefeststellung keine Sachgründe sind. Deshalb frage er, ob nicht die eigentliche Frage, die Frage ist, der sich alle stellen müssen, wie gehen wir eigentlich als professionell agierende Stadtverwaltung und

als ein Stadtrat, der vertrauensvoll mit der Stadtverwaltung zusammenarbeiten möchte, mit solchen alltäglichen Situationen um. In einer Stadt, in einem Landkreis werde man immer wieder solche Probleme haben. Er frage, ob es nicht das Gebot der Stunde ist, zunächst sachbezogene Debatten zu führen, um dann erst zu Personalentscheidungen zu kommen.

Aus seiner Erfahrung heraus merkte Herr Dr. Raschpichler an, sobald Sachthemen durch Personalentscheidungen überlagert werden, habe man ein politisches Problem. Deshalb wolle er sich politisch sensibel äußern. Er frage die Stadträte, wie mit dem Antrag einer Stadträtin umgegangen wird, wie immer man ihr gegenüber emotional und persönlich eingestellt ist, der eigentlich nichts anderes zum Ziel hat, als die Diskussion auf den Punkt zu bringen. Totschweigen hat noch nie weiter geholfen. Deshalb mache er sich Sorgen um die politische Kultur, was nicht nur an diesem speziellen Beispiel festzumachen ist. Er mache sich Sorgen, weil viel zu zeitig, politisch emotionalisierende Debatten Sachthemen zu überlagern drohen.

Zum Antrag selbst erklärte Herr Dr. Raschpichler, er sei nicht gefragt worden, als man ihm die Zuständigkeit für das Klinikum entzogen hat und Frau Lohde habe auch nicht gefragt, ob er sie wieder haben will. Er respektiere die Entscheidung. Er habe damals den Oberbürgermeister aufgefordert, die Frage konsequent personell zu Ende zu klären, indem ein Abwahlverfahren eingeleitet wird. Der OB habe das nicht getan, heute kam der Impuls aus dem Stadtrat, er hat es nicht getan. Herr Dr. Raschpichler versicherte, dass das menschlich für ihn eine schwierige Situation ist. Er führe das Amt des Beigeordneten weiter in einer diffusen Lage, aber er versicherte, dass er gelernt hat, Pflichten zu erfüllen. Er werde mit diesem Zustand leben können und müssen, aber er gebe zu bedenken, dass das nicht politisch kulturvoll ist. Vielleicht sei das ein Moment, inne zu halten, um zu lernen, wie wir künftig solche Probleme behandeln. Er ist zur sachlichen Diskussion bereit und auch bereit, wieder Verantwortung für etwas zu übernehmen, was er zurzeit nicht wahrnehmen kann, aber er wolle erst die Sachdebatte führen und dann sehen, was daraus abgeleitet werden muss. Das war sein Ziel und das sei seine Antwort. Er sprach Frau Lohde Respekt aus, dass sie eine Debatte angeschoben hat, die offensichtlich in Vergessenheit geraten ist.

8. Beschlussfassungen

8.1. Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau an der internationalen Kampagne - "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe" Vorlage: DR/BV/305/2009/I-OB

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, er könne das Anliegen der Vorlage, nämlich das der immer noch existierenden Todesstrafen in verschiedenen Ländern, unterstützen. Er befürchtet aber, dass die Vorlage nach dem Versenden in der Schublade verschwindet. Deshalb fragte er, welche konkreten Maßnahmen für die Stadt Dessau-Roßlau anschließend zur Umsetzung dieser Resolution vorgesehen sind.

Man führt seit mehreren Jahren zum Internationalen Tag „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ Veranstaltungen durch, merkte **Oberbürgermeister Koschig** an. In diesem Jahr stehen keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Deshalb werde dieser

Akt vorgeschlagen, ein öffentlich breites Bekenntnis abzulegen und mit den Unterschriften der Fraktionsvorsitzenden zu bekräftigen. Das soll an die internationale Organisation gesandt und mit der Öffentlichkeitsarbeit unserer Stadt versehen werden, dass das in diesem Jahr die konkrete Maßnahme ist. Man müsse dann überlegen, was uns im nächsten Jahr geeignet erscheint und was möglich ist.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

8.2. Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2008

Vorlage: DR/BV/307/2009/I-ATD

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

8.3. Entlastung der Leitung des Anhaltischen Theaters Dessau

Vorlage: DR/BV/291/2009/I-01

Die Entlastung erfolgte einstimmig.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, und Herr Oberbürgermeister Koschig sprachen der Theaterleitung ihren Dank für die geleistete Arbeit aus, vor allem in der schwierigen Situation des Wechsels in die neue Intendanz und mit dem neuen Ensemble. Ausdrücklich dankte Oberbürgermeister Koschig dem Verwaltungsdirektor, Herrn Landgraf.

8.4. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2008

Vorlage: DR/BV/269/2009/II-20

Als befangen erklärten sich die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtparkasse (Oberbürgermeister Koschig, Herr Dr. Exner, Herr Hoffmann, Frau Müller, Herr Maloszyk) und nahmen nicht an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes teil.

Die Leitung der Sitzung wurde für diesen Tagesordnungspunkt von **Frau Storz, 2. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden**, übernommen. Nachdem es keine Wortmeldungen gab, bat Frau Storz um Abgabe des Votums zum Beschlussvorschlag.

Der Stadtrat sprach die Entlastung des Verwaltungsrates aus.

Abstimmungsergebnis: 34:00:01

8.5. Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2008
Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsausga-
bereste
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: DR/BV/289/2009/II-20

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf die in der Anlage 2 aufgeführte Ostrandstraße und rügte, dass diese Position vor sich her geschoben und nicht abgearbeitet wird. Es müsse eine ordentliche Prüfung erfolgen, ob diese Straße überhaupt noch notwendig und gewünscht ist. Da der Generalverkehrsplan von der Mehrheit des Stadtrates mitgetragen wurde, sehe sich die Verwaltung auch nicht in der Lage, das anders zu handhaben. Diese nicht ausgegebenen Mittel gehören in Abgang gestellt, wofür es bisher keine Mehrheiten gab. Er werde gegen die Vorlage stimmen, weil mit den Mitteln so nicht verfahren werden könne. Es sei ein Gebot der Haushaltsklarheit, Mittel dann in den Haushalt einzustellen, wenn sie auch ausgegeben werden, was er an dieser Stelle anmahne.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:02:00

8.6. Wahl ehrenamtlicher Richter beim VG Halle
Vorlage: DR/BV/325/2009/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

8.7. Vorschlagsliste für den Anstaltsbeirat der JVA
Vorlage: DR/BV/326/2009/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

8.8. Entsendung eines Mitgliedes in den Verwaltungsrat der WBD Indust-
riepark Dessau GmbH (IPG)
Vorlage: DR/BV/363/2009/II-30

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, wurde mehrheitlich in den Verwaltungsrat der WBD Industriepark Dessau GmbH entsandt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:05

8.9. Mitarbeit der Stadt Dessau-Roßlau in der "Hochwasserpartnerschaft Elbe"
Vorlage: DR/BV/233/2009/II-37

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:03

8.10. Benutzerordnung für die Nutzung der Abfallentsorgungsanlage der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/296/2009/II-EB

Herr Glathe, CDU-Fraktion, kritisierte an einem persönlich erlebten Beispiel die Verfahrensweise in der Mülldeponie. Es könne nicht sein, dass eine kostenlose Abholung von Sperrmüll usw. erfolgt und wenn man es selbst zur Deponie bringt, entstehen nicht unerhebliche Kosten.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, er habe auch einmal etwas zur Mülldeponie gebracht und war erstaunt, wie dort alles organisiert war. Er sei alles für wenig Geld losgeworden. Was Herr Glathe gesagt hat, müsse natürlich aufgeklärt werden, aber man müsse auch sagen, dass vieles dort sehr gut läuft.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

8.11. Kalkulation und Änderung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/298/2009/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

8.12. Abfallsatzung
Vorlage: DR/BV/212/2009/VI-83

Der Satzung wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

8.13. Gesamtmaßnahmebeschluss zur Generalsanierung der Grund- und Sekundarschule "Zoberberg" (Ganztagsschule), Kastanienhof 14 in 06847 Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/257/2009/V-40

Dem Gesamtmaßnahmebeschluss zur Generalsanierung wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.14. Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle am
Gymnasium "Philanthropinum"
Vorlage: DR/BV/319/2009/V-40**

Die Vorlage wurde zum Beschluss erhoben.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.15. Bestätigung der weiteren Verfahrensweise im Umgang mit örtlichen
Bauvorschriften nach § 85 (2) BauO LSA in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/316/2009/VI-61**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass die Ziffer 5 des Beschlussvorschlages seitens der Verwaltung zurückgezogen wird, so dass nur noch über die Ziffern 1 bis 4 und 6 zu beschließen ist.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.16. Beschluss über die Aufstellung der 2. Änderung des B-Planes Nr. 151
"Revitalisierung Gasviertel"
Vorlage: DR/BV/323/2009/VI-61**

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.17. - Straßenreinigungssatzung
- Winterdienstsatzung
Vorlage: DR/BV/172/2009/VI-66**

Herr Beigeordneter Hantusch verwies eingangs auf die Behandlung der Satzung in den zuständigen Ausschüssen. Im Jahr 2006 habe man sowohl in Dessau als auch in Roßlau eine Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung in Kraft gesetzt, welche bis heute Bestand haben. Der vorliegende Beschluss sei das Ergebnis der Zusammenführung. Die Satzung wurde mit den zuständigen Ämtern abgestimmt und die Ortschaftsräte beteiligt. Zukünftig werde der Ortschaftsrat vor der ersten Sitzung des beschließenden Ausschusses beteiligt, was für den weiteren Verfahrensweg Ziel führender sei. Die Beschlussvorlage sei vor dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung erarbeitet worden, was zu berücksichtigen sei. Alles Gewünschte sei somit nicht machbar. Dazu komme, dass die Stadt Dessau-Roßlau am 1.1.2010 die Baulast im Bereich Bundes- und Lan-

desstraßen übernehmen muss, was heißt, dass man zusätzlich für 7,2 km zuständig sein werde. Insofern sehe man die Diskrepanz, wenn man im Bauausschuss um einen Radweg streitet oder um einen richtigen Verfahrensweg ringt, der 265 m lang ist.

Er begrüße es, wenn konstruktiv in den Ausschüssen diskutiert werde, da die Stadträte teilweise näher dran sind, als die Verwaltung. Man habe die Radwege nicht mit aufgenommen, weil sie zum Teil untergeordnet waren und die Dringlichkeitsstufe I und II hatten. D. h. man müsse auch hier zwei Dinge berücksichtigen. So müsse man das mit dem Haushalt hinbekommen und man müsse es sich vom Aufwand her leisten können. Abschließend dankte er den Mitgliedern des Bauausschusses für die konstruktive Mitarbeit.

Es freue ihn, dass die 267 m dazu kommen, legte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, dar. Dies reiche aber nicht aus. Wenn man das in dem einen Fall mache, werde die Frage auch in den anderen Ortschaften kommen.

Zur Aussage von Herrn Hantusch, dass die Ortschaften beteiligt wurden, erklärte Herr Weber, wer sich die Vorlage ansehe, könne feststellen, beteiligt ja, aber sie sind weg gewogen worden. Er habe schon einmal beklagt, dass die Stadtverwaltung in sehr vielen Punkten, wo sinnvolle Anregungen durch Bürgerschaft oder Ortschaftsräte kommen, die große Verwaltungslinie sehr rigoros verfolgt und versucht straff durchzusetzen. Die beteiligten Ortschaftsräte und insbesondere der Ortschaftsrat Großkühnau wurden hier nicht ausreichend ernst genommen. Man habe in Dessau überall mit den Straßen große Probleme. Man fühle sich in den Ortschaften in den letzten Jahren auch immer stiefmütterlich behandelt, weil die Zustände vor Ort schlechter als im gesamtstädtischen Bereich sind. Roßlau als Ortschaft stehe hier viel besser da, denn hier seien mehr Anliegerstraßen bereits gemacht worden. Zur Vorlage habe die politische Diskussion gezeigt, dass wir für alle Ortschaften wollen, dass mindestens ein Rad-/Fußweg in die nächste Versorgungseinrichtung oder Schuleinrichtung möglich ist und möglich bleibt, um sichere Wege auch ohne die Nutzung des ÖPNV zu gewährleisten.

Zum Beispiel habe er sich im Winter des Öfteren bei der Verwaltung beschwert, dass der Rad-/Fußweg von Kleinkühnau zur Stadt nicht geräumt wurde. Er habe darauf aufmerksam gemacht, dass hier die Stadt zu einem großen Teil selbst Anlieger ist und natürlich den Fußweg räumen muss. Der Stadtpflegebetrieb sei dann beauftragt worden, das zu tun. Dieser hat dann das Räumschild gegenüber der Kleinkühnauer Schule herunter gelassen, hat bis zum Wehrbereichsgerätelager an der Kühnauer Straße geräumt, dann das Schild hoch genommen und ist weiter gefahren bis zu dem Grundstück, was wieder zum Industriegebiet Flugplatz gehört, wo die Stadt wiederum Eigentümer ist, hat wieder bis zum Hangar, wo der nächste wieder zuständig war, geräumt. Wenn man sich solche Pingelichkeiten ansehe und hört dann, dass 267 laufende Meter wegen der Kosten nicht gemacht werden, könne man es nicht verstehen. Er habe letztes gesagt, die Mosigkauer Straße wird immer noch von der Stadtreinigung gesäubert, dass ist eine Anliegerstraße, die wollen die Anwohner sowieso selbst machen, weil sie auch Kosten sparen können, aber auch die Stadtpflege würde dort Kosten sparen können. Die paar Euro für die sicheren Schul- und Versorgungswege müsse die Stadt übrig haben. Deshalb bitte er generell darum, einen geräumten Weg von den Ortschaften zu den nächsten Versorgungseinrichtungen und Schulen zu gewährleisten.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, er wolle ausdrücklich für das Stück zwischen Groß- und Kleinkühnau werben. Bezogen auf die Besonderheiten in der Ortslage Großkühnau, dass es dort keine besondere Versorgungsmöglichkeit gibt, es im Übrigen ein Schulweg ist, rede man über Schildbürgertum, wenn man mit dem Eigenbetrieb Stadtpflege bis zum Parkplatz des Zentralfriedhofs räumt und dann lumpige 200 m weiter nicht. Es könne keiner sagen, dass das ein Konsolidierungsbeitrag für den Haushalt sein könne, wenn dort nicht geräumt werde. Wenn man sich die anderen Straßen ansehe, die mit geräumt werden, wie die Oranienbaumer Chaussee als Beispiel zwischen Brücke des Friedens bis Ortsausgangsschild auf der Strecke nach Milddensee, wo keine Wohnbebauung ist. Hier lasse man das Stück Straße drin, aber dort an der Stelle, wo es Not tut, damit die Leute sicheren Fußes bis zum nächsten Laden kommen, nehme man es weg. Wenn man sich vorstelle, ein Großkühnauer fährt Brötchen holen nach Kleinkühnau mit dem ÖPNV, stelle sich die Frage, ob jemand durchgerechnet hat, was dem das Brötchen kostet.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, er habe vor Jahren gefordert, man möge, auch zur besseren Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs die Grundsteuer bzw. die Belastung der Eigentümer und damit der Anwohner, dadurch etwas moderat erhöhen, dass in jedem Haushalt eine ermäßigte Jahreskarte für den öffentlichen Nahverkehr kommt. Das war aus rechtlichen Gründen angeblich nicht möglich. So finanziere man den öffentlichen Nahverkehr über unsere Steuern bzw. werden die Abgaben die DVV leisten. Er verwies darauf, dass es Leute gibt, die im Winter auch mit dem Fahrrad fahren. Diese auf die Straße zu lenken sei gefährlich. Die zweite Frage wäre, wie wir die Leistungen finanzieren, die wir unter Umständen in diese Satzung zur Sicherheit unserer Bürger und auch zur Verkehrssicherheit und Haftungsausschlüssen in der Stadt integrieren müssten. Dann sollte man ehrlicherweise sagen, unsere Stadt ist so bankrott, dass überhaupt nicht gereinigt und geschoben wird, dann habe man einen Konsolidierungsbeitrag. Positiv seien die zwei zusätzlich aufgenommenen Maßnahmen, was man auch als Antwort dem Großkühnauer Bürger hätte sagen sollen. Er begrüße, dass man mit der Satzung ein Instrument für die gesamte Stadt habe, weshalb er der Satzung heute zustimmen werde. In Zukunft müsse man daran arbeiten, damit sie besser wird.

Zu dem Hinweis von **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, dass die Stellungnahme des Ortschaftsrates Waldersee fehlt, bemerkte **Oberbürgermeister Koschig**, dass dies geklärt werden müsse. Des Weiteren stellte er fest, man sei sich einig, dass es viel besser wäre, und der Eigenbetrieb ist dazu in der Lage und bereit, viel mehr zu beräumen und zu reinigen, was auch für die Außendarstellung der Stadt nicht unwichtig sei. Die Ortschaft Roßlau habe hier die größten Einschnitte hinzunehmen. Insofern sei mit den Ortschaftsräten verantwortungsbewusst gesprochen worden. Er verwies darauf, dass nur von einem Stadtrat das Wort Haushaltskonsolidierung genannt wurde. Es ist nur ein kleiner Beitrag für unsere Haushaltskonsolidierung, aber es ist ein Beitrag. Man werde in Kürze den Prüfbericht des Landesrechnungshofes vorlegen u. a. zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung in unserer Stadt. Dabei ist die Kommunalaufsicht heftig kritisiert worden, dass sie ihre Aufgabe nicht ernst genug nimmt, die Stadt Dessau-Roßlau zu einer konsequenteren Konsolidierungspolitik zu zwingen. Das bedeutet, dass man bisher bei den Gesprächen mit der Kommunalaufsicht Nachsicht durchaus bekommen und erhandelt hat. Mit dieser Nachsicht dürfe man künftig nicht mehr rechnen, sondern dieses werde man uns auch spüren lassen. Von daher könne man über alles reden, aber man werde der Stadt vorwerfen, dass sie nicht bereit ist, konsequent

den Haushalt zu konsolidieren und damit gebe es keine Haushaltsgenehmigung, was man bei diesen Diskussionen im Hinterkopf behalten sollte. Ansonsten sollten die berechtigten Hinweise zu den einzelnen Straßenabschnitten in den Fachausschüssen diskutiert werden. Es müsse trotz der knappen Kassen gelingen, ein vernünftiges System aufzubauen. Dies halte er mit der vorliegenden Satzung als erreicht. Er lade aber ein, an der Vervollkommnung dieses Systems zu arbeiten.

Er habe die Haushaltskonsolidierung deshalb nicht angesprochen, weil er im letzten Jahr eine Anfrage gestellt hatte für fast 700 T€, die man hätte einsparen können, entgegnete **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Trotz Rödl+Partner habe er auf diese Liste noch keine Antwort. Bei dieser Summe würde dies hier auf jeden Fall mit abfallen. Der Blick sollte auf die Fraktionen gerichtet werden, die solche echten Konsolidierungsvorschläge nicht einbringen, denn dann könnte man die paar Euro für die Sicherheit und die Erschließung der Bereiche durchaus aufbringen.

Herr Göricke, Freie Wähler, führte aus, er habe ein Problem mit der Vorlage in der Richtung, dass man über eine Konsolidierung sprechen wolle und man bekomme eine Straßenreinigungssatzung übergeben, ohne die Darstellung der Kosten, d. h. es fehlt heute die Gebührensatzung, um diesem Beschluss zustimmen zu können. Das Potenzial dieser Satzung sei nicht bekannt. Haben wir einen Kostenaufschwung oder Kostenabschwung. Da dies nicht nachzuvollziehen sei, müsse auch genehm sein, zu fragen, warum Radwege nicht gemacht werden. Es müsse eine Zahl auf den Tisch, wie viel jeder einzelne Radweg je m² kosten würde. Weiterhin rede man von Ordnungswidrigkeiten, wenn nicht gereinigt wird. Wer kontrolliert diese Ordnungswidrigkeiten und wie straft sich die Stadt, die teilweise selbst ihren Pflichten nicht nachkommt, selbst?

In Beantwortung erklärte **Frau Wirth, Leiterin der Stadtkämmerei**, man habe bewusst die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren dieses Mal nicht mit der Straßenreinigungssatzung verbunden, weil es wichtig ist, für die Kalkulation der Gebühren zu wissen, in welchem Umfang wird wo und wie gereinigt. Auf der Basis würde Frau Moritz die Kalkulation aufbauen. Da das bis dato strittig war, habe man den Weg gewählt, zuerst zu beschließen, in welchem Umfang wird gereinigt. Beides parallel zu diskutieren, führe dazu, dass sich wesentliche Kalkulationsgrundlagen ändern und es entsteht erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Es gehe nicht um das gesamte Machwerk, was man bei einer Kalkulation vorliegen habe, erwiderte **Herr Göricke**. Man wolle über einzelne Punkte diskutieren und die Gebührensatzung sei in großen Zügen bestimmt schon ausgearbeitet. Deshalb wäre das heute machbar gewesen.

Er werde diese Satzung ablehnen, bemerkte **Herr Pohl, CDU-Fraktion**. Einer der Gründe sei, dass die Belange der Ortschaftsräte nicht berücksichtigt worden sind. Er halte es in diesem Zusammenhang für bedenklich, mit der Haushaltskonsolidierung zu operieren, Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Sicherheit von Schulkindern u. U. im Winter. Er frage sich auch, ob es taktisch klug gewesen ist, beide Satzungen in eine Beschlussvorlage zu nehmen. So haben beide Satzungen die Chance im Paket durchzufallen. Wenn man sage, man habe als Stadt wenig Geld, sage er als Beispiel, dass im Mittelweg in Roßlau in diesem Jahr die komplette Straßenbeleuchtung ausgetauscht worden ist. Es gab einen sachlichen Grund. Vom Anfang Mittelweg bis knapp zur Mitte sind Leitungsmasten gekündigt worden. Da war das einzusehen. Dass man das Erdka-

bel erneuert hat, weil das Kabel irgendwann verrottet, sehe er schon nicht mehr ein und schon gar keine Begründung gebe es dafür, dass man die funktionierenden Stahlmasten, die nicht verrottet waren, die mit Leuchtmitteln nach der Wende ausgestattet worden sind, die ordentlich geleuchtet haben, umgesägt und neue Masten gesetzt wurden. Das sei Rausschmeißen von Steuergeldern, von Geldern, die diese Stadt an anderer Stelle dringend braucht. Man sollte behutsamer sein, wenn man sagt, man kämpfe um jeden Euro Konsolidierungsmittel. Hier sei man sich einig, das sollte aber konsequent und auf allen Strecken erfolgen und es sollten solche Satzungen in der Qualität auf den Tisch kommen, mit mehr Vorbereitung und einem breiten Dialog.

Herr Beigeordneter Hantusch verwies darauf, die Verwaltung hätte es sich auch einfacher machen können, indem man die Hinweise aus den Ortschaften aufgenommen hätte. Die Verwaltung habe aber eine andere Sichtweise, was respektiert werden sollte. Er verwies auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters, dass das Landesverwaltungsamt massiv bedrängt wird. Insofern müsse man darauf reagieren. Man wisse bereits jetzt, dass man im nächsten Jahr einen nicht gedeckten Bereich von 8 bis 10 Mio. € haben werde. Mit Rödl & Partner werde man nicht auskommen. Insofern sei die Sichtweise der Verwaltung eine möglicherweise andere, als sie der Stadtrat habe. Das von den Stadträten Gesagte werde immer aufgenommen, denn keine Satzung sei so gut, dass sie künftig nicht weiter qualifiziert werden kann. Es habe nichts damit zu tun, dass man bewusst Sicherheit außer Acht lasse, sondern wenn man den Weg bis zu einem gewissen Zeitpunkt nicht beräume, könne der ÖPNV genutzt werden, so dass eine Sicherheit vorhanden ist. Man werde jeden Einzelfall und die hier angesprochenen Dinge prüfen. Die Satzungen werden weiter qualifiziert.

In der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde das Thema Winterdienst ausgiebig diskutiert und eine Summe von 15 T€ Mehraufwand für die Radwege zwischen den Vororten und dem Kernstadtbereich genannt, erklärte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Er stimme der Verwaltung zu, wenn sie sagt, der Haushalt müsse konsolidiert werden, aber das müsse von Anfang an gemacht werden. Wenn er in der Vorlage lese, dass der erhöhte Aufwand z. B. im ganzen Bereich des Bauhausviertels daher kommt, dass dort eine besondere Entwässerungsanlage, Thema Schlitzrinne, eingebaut wurde, müsse man sich fragen, ob nicht von vornherein eine andere gestalterische Ausführung gefunden werden konnte, die nicht so aufwendig ist.

Man müsse auch die Frage stellen, warum die Ebertallee wieder in das Reinigungsprogramm aufgenommen wurde. In der Begründung stehe, dass es dort das Weltkulturerbe gibt, was richtig sei. Aber über 50 % der Grundstücke in der Ebertallee sind Stadteigentum. D.h. die Stadt müsse weitere Kosten dort übernehmen. Deshalb wäre zu überlegen, die Ebertallee so zu belassen, wie sie ist, nämlich dass die Anlieger die Reinigung machen und für den Bereich der Meisterhäuser, wo die Stadt sowieso die Reinigungspflicht hat, die Reinigung zu übernehmen. Man sollte die Liste genau durchsehen, um zu sehen, ob es nicht Einsparungsvorschläge oder Möglichkeiten gibt, die den Winterdienst und hier die Sicherheit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die mit Fahrrädern im Winter unterwegs sind, verbessert. Wenn gesagt werde, es müsse noch einmal überarbeitet werden, bitte er darum, genau das auf den Punkt zu bringen und die Maßnahmen und deren Notwendigkeit zu hinterfragen. Weiterhin bitte er, dass man bei künftigen Planungs- und Baumaßnahmen von vornherein auch die langfristigen Kosten

im Blick habe und man sich nicht durch technische oder gestalterische Vorschläge von Architekten, Landschaftsarchitekten oder Gutachten und Wettbewerbe blenden lässt.

Herr Dr. Schmidt spreche ihm aus dem Herzen, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Qualität müsse man zukünftig herunterschrauben. Es sei wiederholt auch angeklungen, dass man in bestimmten Bereichen sehr hohe Qualitäten habe, wo aber die Stadträte teilweise zugestimmt haben. Man werde im Baudezernat über Qualität sprechen und nicht mehr alles bis zum Exzess machen können. Er wolle nicht kritisieren, was in der Vergangenheit gemacht wurde, weil es ihm nicht zusteht. Er sehe aber, dass eine hohe Qualität geschaffen wurde, was Geld kostet. Man müsse aufpassen, dass man die Nachfolgekosten vernünftig im Griff hat. Den Punkt 2 der Anmerkung wolle er aufnehmen. Man könne sich auf ein Verfahren verständigen, dass das, was die Stadträte möchten, aufgenommen und in einem nächsten Beschluss umgewandelt wird. Dann entscheide der Stadtrat über die Kosten. Man sollte aber warten, bis der Haushalt 2010 vorliegt. Das wäre ein sicherer Punkt zu sagen, das ist es uns wert oder auch nicht. Er bat um Beschlussfassung der Satzung, welche dann durch die Ausschüsse und den Stadtrat qualifiziert werden könne.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, erinnerte aber daran, dass er persönlich im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt und Tourismus nicht zugestimmt hatte. Man habe darüber diskutiert und der Konsolidierungsbeitrag habe ihm zu denken gegeben. Man habe sich davon leiten lassen, dass der wichtigste Radweg noch mit in die Vorlage genommen wurde, dass in der Zukunft die Sache noch intensiver überprüft werden soll. Es sei nicht so, dass die Vorschläge der Ortschaftsräte generell weg gewogen wurden. Der Oberbürgermeister Koschig sprach von einem Konsolidierungsbeitrag 15 T€, er spreche aber mit doppelter Zunge, denn Herr Dreibrodt erinnerte daran, dass er mit dem Haustarifvertrag mit dem Kündigungsschutz Millionen festgeschrieben habe, was ein schöner Konsolidierungsbeitrag hätte sein können.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, fragte, ob er das, was auf der Seite 16 geschrieben steht, als Lösung für die 265 m zwischen Groß- und Kleinkühnau verstehen könne. Wenn man über Einsparungen redet, sollte man den Reinigungszyklus den Wetterlagen anpassen, also im Sommer einen anderen Turnus fahren als im Herbst, wenn Laubfall ist und im Winter, wenn das Laub weg ist und kein Schnee liegt, nach Bedarf. Das könne man relativ schnell auf den Punkt bringen. Er sehe das oft in der Hermann-Köhl-Straße, wo nur die Stadt Anlieger ist und somit nichts umgelegt werden kann. Wir bezahlen im Grunde genommen das, was gefahren wird und da liege nichts. Vor der Kehrmachine liege weder in der Gosse etwas, noch auf dem Fußweg. Hier könne man relativ schnell ein riesiges Einsparpotential erreichen.

Im Bauausschuss habe man schon zugesagt, dass man sich dieser Thematik annehmen werde, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Zwei Ausschüsse haben dieser Vorlage mit überwiegender Mehrheit zugestimmt.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, erklärte, wenn man die Diskussion verfolgt, könne man nicht mit Bestimmtheit sagen, wo das Ergebnis hingehen wird. Übliche Praxis war sonst, dass Satzungen und Kalkulationen gleichermaßen auf dem Tisch liegen. Er wisse nicht, ob von vornherein bekannt war, dass das in getrennter Form kommt, um erst

einmal die Aufgabenstellung für die Kalkulation in eine Kontur zu bringen. Was wirklich an Konsolidierungsmasse drin steckt, sei vielleicht auch gar nicht konkret zu umreißen.

Eindringlich machte Herr Hoffmann darauf aufmerksam, wenn noch soviel Klärungsbedarf da ist, bestehe die Gefahr, dass die Vorlage keine Zustimmung erfährt. Das bedeute dann, dass man sich ein halbes Jahr lang nicht mit dieser Satzung beschäftigen kann. Es sei zu überlegen, ob es mehr bringt, die noch vorhandenen Probleme noch einmal in den Ausschüssen zu diskutieren und sie dann bereinigt dem Stadtrat vorzulegen.

Befremdlich sei es für ihn, dass man sich immer auf solche Auseinandersetzungen berufen müsse, was von anderen reingedrückt wird, was den Problemkreis Haushalt betrifft. Wichtig sei, dass das Leben in der Stadt funktioniert. Alle anderen Dinge seien nachgeordnet. Es nütze nichts, bei den Straßen zu sparen, aber die Leute sind vor Ort handlungsunfähig. Das könne nicht die Prämisse sein. Sollte eine Ablehnung der Vorlage abzusehen sein, wäre er für eine Rücküberweisung an den Ausschuss, um die Dinge zu bereinigen, die jetzt noch offen sind.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, bestätigte die Aussagen von Herrn Hoffmann. Nach § 16 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können abgelehnte Beschlussvorlagen frühestens nach 6 Monaten wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, was zu bedenken wäre. Es müsste dann beim Präsidium ein entsprechender Geschäftsordnungsantrag eingereicht werden.

Frau Lohde, CDU, verwies auf das Abstimmungsergebnis in den Ausschüsse, wo es nur eine Gegenstimme gab und derjenige habe erklärt, jetzt dafür zu stimmen. Ansonsten gebe es nur Fürsprecher und einige Enthaltungen, weshalb sie sich frage, warum das Ergebnis ein anderes sein soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass die Vorlage zur Abstimmung gebracht wurde.

Die Straßenreinigungssatzung und Winterdienstsatzung wurden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:08:05

8.18. Widmung öffentlicher Verkehrsflächen

- Lily-Herking-Platz

- Neues Teilstück der Kavalierstraße (Nebenfahrbahn)

zwischen Friedrich-Naumann-Str. und Lily-Herking-Platz

Vorlage: DR/BV/210/2009/VI-66

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, legte dar, im Lageplan zur Beschlussvorlage sei ein Fehler entstanden, wofür er um Entschuldigung bitte. Heute sei ein Berichtigungsblatt ausgeteilt worden, in dem die Parkplätze des Philanthropinums orange gekennzeichnet sind. Die Parkplätze sind natürlich nicht betroffen von dieser Beschlussvorlage, sondern nur die in der quadratischen Schraffur gekennzeichnete Fläche, welche sich unterteilt in Lily-Herking-Platz und die Nebenfahrbahnen der Kavalierstraße. Für die Nebenfahrbahnen der Kavalierstraße, um auch hier Missverständlichkeiten aus-

zuräumen, gibt es keine Verkehrsartenbeschränkung. D. h. nach wie vor ist es auch für Kraftfahrzeuge zugelassen und damit sind auch die Parkplätze andienbar. Nur für den Lily-Herking-Platz ist eine Beschränkung als Fußgängernutzung vorgesehen.

(Aus dem Gremium wurde darauf verwiesen, heute keinen Plan erhalten zu haben, so dass die Ausführungen nicht nachvollziehbar seien.)

Ergänzend merkte Herr Pfefferkorn an, es sei so, dass die Parkplätze des Philanthropiums hier mit schraffiert worden waren. Es bleibe bei den gewohnten Parkplätzen, es bleibe bei der Bedienung aller Verkehrsarten bei der Fahrbahn und nur der Lily-Herking-Platz erhalte eine Widmungsbeschränkung für Fußgänger.

Da dem Präsidium ebenfalls kein Berichtigungsblatt vorliege, werde vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt zunächst auszusetzen, bis dieses nachgereicht wurde, bemerkte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner**.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag, über die Vorlage abzustimmen, da Herr Pfefferkorn das gut erklärt habe und man den Plan nicht mehr brauche. Auf die Frage des **Vorsitzenden des Stadtrates**, ob die Stadträte wissen, worüber sie abstimmen, wurde dies bejaht, so dass die Abstimmung zur Vorlage erfolgte.

(Die Nachprüfung im Büro des Stadtrates ergab, dass das von Herrn Pfefferkorn genannte Berichtigungsblatt bei der Zusendung der Unterlagen für die Sitzung des Stadtrates als Teil der Beschlussvorlage Berücksichtigung fand. Den Mitgliedern des Stadtrates lag somit die gültige Fassung der zu beschließenden Vorlage bereits vor.)

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

8.19. Ausschlusssatzung Abwasser
Vorlage: DR/BV/328/2009/VI-66

Die Satzung wurde beschlossen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Abstimmungsergebnis: 33:00:06

8.20. Ordnungsmaßnahme für den Vorsitzenden des Stadtrates
Vorlage: DR/BV/365/2009/

8.21. Aufgabenübertragung an das Sozialdezernat
Vorlage: DR/BV/366/2009/

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 12.11.09

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer